

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.

Ausschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Kalender für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.

Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzer in Hachenburg.

Nr. 32

Bezugspreis: vierteljährlich 2,40 M.,
monatlich 80 Pfg. mit Beleglohn; durch die
Post 2,25 M. bezw. 75 Pfg. ohne Beleglohn.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen weglassen.

Hachenburg, Freitag den 8. Februar 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechszeilige Beilage oder deren
Raum 20 Pfg., die Restzeile 60 Pfg.

10 Jahrg.

Russisch-Rumänisches.

Selten wohl hat Liebe sich dermaßen in Haß ver-
wandelt, wie wir es jetzt in dem Verhältnis zwischen
Russen und Rumänen beobachten können. König Carol
wachte wohl, warum er die Grundlagen seines Reiches auf
gutmachbarliche Beziehungen zu dem großen Bruder im
Norden aufbaute, ohne sich indessen mit Haß und
Hass dem Sozialismus zu verschreiben; warum er im
Gegenteil das Schwergewicht seiner Stellung in Bündnis-
verträgen mit den beiden Mittelmächten verankerte, die
ihm dafür bürgen konnten, daß die Selbständigkeit und
Unabhängigkeit Rumäniens nicht dem russischen Macht-
hungers zum Opfer fielen. Sein Nachfolger auf dem
Throne hat andere Wege eingeschlagen und muß nun die
unselbstige Verbildung und die von gewissenlosen Ratgebern
mischelte Charakterchwäche und Unerfahrenheit mit seinem
Volk verdientermaßen büßen.

Aber erst der Ausbruch der russischen Revolution hat
allen Berechnungen der rumänischen Machthaber den letzten
Stich gegeben. Seit in Petersburg der Sturz des
Imperialismus in sich zusammenfiel, so mußte auch in Jassy
jede Hoffnung auf Hilfe von außen für immer dahin-
schwinden. Und sagten sich gar die Nachfolger Kerenskis von
den bisherigen Bundesgenossen los, so sahen sich Bratiansu
und Genossen rettungslos ihren selbstgewählten Feinden
preisgegeben. Bei dieser jämmerlichen Lage besteht es
jedoch nicht einmal sein Verwenden. Die Maximalisten hatten
bekanntlich zunächst nichts Eiligeres zu tun, als die
Armee gründlich zu demokratisieren. Nach dieser Richtung
hin konnten sie unumkehrbar schafften und wählten wo
es nur mit eigenen Truppen zu tun hatten. Aber die
Polen u. B. entzogen sich rechtzeitig dieser Be-
glückung, indem sie sich zu eigenen Verbänden zusammen-
schlossen, wozu sie kraft des famosen Selbstbestim-
mungsrechts der Völker ohne weiteres in der Lage
waren. Und am Südrand der Front, wo russische
und rumänische Truppen in gemeinschaftlicher Auf-
stellung den Frühjahrskämpfen entgegenstehen, ist es
die Petersburger Befehle auf entschiedenen Widerstand.
Das rumänische Offizierskorps bedankte sich bestens für
die Sorte von Armeereformen, die nicht nur ihre eigene
Stellung untergraben, sondern jede Disziplin mit Stumpf-
heit und Stil ausrotten mußten. Sie erkannten wohl auch,
daß es gerade darauf von Lenin und Trotski abgesehen
war, daß ihnen die „bürgerliche“ Ordnung an der Süd-
grenze ein Dorn im Auge sein mußte, wenn anders sie
sich zu Hause mit ihrer revolutionären Weltanschauung
fühlen wollten, und so leisteten sie der Auflösung
und Verleumdung ihrer Truppenverbände von vornherein
den entschiedensten Widerstand. Das schuf Konflikte,
die sehr bald bis zum offenen Bruch führten. Die Ru-
mänen gingen den roten Sendlingen aus dem Norden
rückwärts, so daß sie, entwaffneten sie, machten sie ding-
fest, ja sie abgerten keinen Augenblick, ganze Truppenteile,
sobald sie ihnen verdächtig vorkamen, wehrlos zu machen,
wobei es wohl vorgekommen sein mag, daß Unschuldige
mit den Schuldigen leiden mußten. Es regnete natürlich
Bewachungen und Gegenmaßnahmen, in Petersburg wurde
sogar der rumänische Gesandte hinter Schloß und
Riegel gesetzt, und als alles nichts half, schreute man auch
vor einem Haftbefehl gegen den König nicht zurück.
Nebenher liefen Veruche, die russischen Armeekorps von
der gemeinsamen Front fortzuziehen, um diese so für die
Rumänen völlig unhaltbar zu machen. Aus diesen
Operationen entwickelten sich erst vereinzelte, dann immer
weitergreifende Kämpfe zwischen den seltsamen Bundes-
genossen, die hier und da zum Übertritt geschlossener For-
mationen auf unsere Seite führten und im ganzen für die
Russen ziemlich kläglich verlaufen sind. So ist man nach
und nach in einen regelrechten Kriegszustand gegen-
einander hineingeraten. Dazu gefiel die schließlich
das Vorkommen um die letzten Nahrungsmittelquellen des
Landes und — als vorläufig allerletzter Akt der Freund-
schaft von ehemals — der Versuch des rumänischen Ober-
befehlshabers, die Hand auf Syrien zu legen,
wo sich anscheinend auch eine der jetzt überall aus
der Erde emporstreichenden russischen Republiken zu
bilden im Begriff ist. Das ist einstmals rumänisches
Land, wie geschaffen als Ersatz für die Dobrudscha,
die man in Jassy wohl bereits endgültig verloren
hat. Also läßt man sich aus Asien einen Hilferuf
ankommen, und der Vorwand zum Einschreiten ist gegeben.
Die Bolschewisten sind natürlich darob in helle Entrüstung
geraten, sie speien Feuer und Flamme und machen ihre roten
Warden mobil, um im Süden zu retten, was noch zu
retten ist. Indessen, das Verhängnis ist wohl kaum noch
aufzuhalten, es ist gar nicht daran zu denken, daß sie
noch die Lage beherrschen könnten.

Und nun noch ein letztes: kommt es zum Friedens-
schluß zwischen uns und der Ukraine, dann weiß man
natürlich in Jassy sofort, was die Glöde geschlagen hat.
Dann muß auch Rumänien mit uns Frieden machen,
womit es bereits jetzt die erforderlichen Anstalten getroffen
hat. Wie es danach seine allgemeine Politik einrichten
muß, darüber sind die Bratiansu und Genossen vollständig
im klaren. Die gemeinsame Front ist dann gegen Nord-
russland zu richten, falls nicht Herr Trotski schließlich

kein Beigibt und seine internationalen Revolutions-
gedanken wieder wohlverpackt nach Petersburg zurück-
nimmt. Darüber werden wir wohl in den allernächsten
Tagen einiges Näheres zu hören bekommen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Auf ein Guldigungstelegramm der ärztlichen Abtei-
lung der Waffenbrüderlichen Vereinigung hat der Kaiser
an die Ärzte folgendes Telegramm gesandt: „Der
Wiederaufbau der Volkskraft gebührt zu den großen Auf-
gaben, die nur durch Zusammenwirken von Wissenschaft
und Gesetzgebung unter der warmherzigen Anteilnahme
aller einsichtsvollen Bevölkerungskreise gelöst werden
können. Es ist mir deshalb eine Freude, daß die in
schwerem Ringen treuerbündelten Völker auch diese
Friedensaufgabe gemeinsam aufgenommen haben. Den
deutschen und den ausländischen Ärzten meinen Gruß.“

+ Die große Reichsfinanzreform, die eine endgültige
Neuordnung der deutschen Finanzen bringen soll, wird,
wie von gutunterrichteter Seite mitgeteilt wird, während
des Krieges nicht vorgenommen werden können. Die dem
Reichstag bei seinem Wiederauftritt zugehenden
Steuervorlagen werden sich darauf beschränken, zur Deckung
des Mehrbedarfs für die Verzinsung und Tilgung der
Reichsschuld, soweit dazu die bisherigen Einnahmen nicht
ausreichen, neue Einnahmequellen zu erschließen.

+ Der Gesetzentwurf gegen den Schleichhandel, den
der Bundesrat vordereitet, nimmt ein besonderes straf-
rechtliches Vorgehen in Aussicht. Es sollen alle gewerb-
mäßigen Schleichhändler verfolgt werden, die vorläufig eine
Gesetzesbestimmung übertreten. Als Strafe wird unter
allen Umständen Gefängnis und daneben noch eine Geld-
strafe bis zu 100 000 Mark vorgeschrieben. Darüber hinaus
kann die Einziehung der Ware, mit der die strafbare
Handlung begangen wurde, verfügt werden. Wird ein
Schleichhändler zum dritten Male wegen gewerbsmäßigen
Schleichhandels zur Anzeige gebracht, so kann das Gericht
nur noch auf Zuchthaus und daneben auf Geldstrafe und
Einziehung der Ware erkennen. Außerdem sind besondere
Maßnahmen geplant, die das Abfließen beschlagnahmter
Waren in andere Kanäle völlig unterdrücken sollen.

+ Eine scharfe Erklärung gegen direkte Reichssteuern
gab in der heftigen Zweiten Kammer Finanzminister
Dr. Veder ab. Er sagte dabei u. a.: Für die Zeit nach
dem Kriege brauchen wir unsere direkte Steuer; wir
wollen jedem Zugriff, der von anderer Seite an unsere
direkte Steuer kommen sollte, mit aller Macht Widerstand
leisten, und müssen das, wenn wir die Ausgaben lösen
wollen, die wir in unserem Lande zu lösen haben. Das
Land und die Gemeinden, die ich auch in diesem Zu-
sammenhange erwähnen möchte, werden nach dem Kriege
ihre direkten Steuern kräftig aufsparen müssen, um den
Bedarf, der dann für sie entstehen wird, einigermaßen
decken zu können. Dann darf aber nicht von Seiten des
Reichs auch noch an derselben Quelle geschöpft werden.
Es muß das immer und immer wieder deutlich gesagt
werden, weil wir alle wissen, daß im Reichstage sehr
starke Strömungen dahin gehen, auch für die Deckung des
Bedarfs des Reichs das Gebiet der direkten Steuern
demnachst in Anspruch zu nehmen.

+ Die Übertretungen der Kriegsverordnungen nahmen
bei der Erörterung des Justizetats im Staatshaushalts-
ausschuß des preussischen Abgeordnetenhauses einen breiten
Raum ein. Justizminister Dr. Spahn erklärte, in Preußen
allein seien bisher wegen Übertretung von Kriegsverord-
nungen nahezu eine halbe Million Verurteilungen
erfolgt; in reichlich der Hälfte der Fälle ist auf Freiheits-
strafe erkannt worden. Die Ziffern der Kriminalität der
Jugendlichen bezeichnete der Minister als außerordentlich
bedenklich.

Osterreich-Ungarn.

+ Im ungarischen Abgeordnetenhaus begründete Graf
Andrássy die Schaffung einer einheitlichen Regierungspartei.
Er sagte u. a.: Der Entschluß war leicht, da es
das Lebensinteresse der Nation erfordert, daß hinter der
Regierung eine einheitliche große Partei steht. Es wäre
die größte Sünde gegen das Vaterland, wenn wir der
Frieden um jeden Preis wollten. Wir müssen einen ehren-
vollen Frieden haben. Es ist Pflicht jeder Gesellschafts-
schicht, diesen Kampf ehrlich durchzuführen. Da die
Politik der Entente, uns durch eine Blockade auszuhebeln,
nützlich ist, greift sie jetzt zu den Waffen der Agitation
und will in Ungarn und Osterreich die Revolution an-
schüren. Pflicht der Regierung ist es, sich diesem Unter-
nehmen bis zum äußersten gegenüberzustellen. Die Aus-
führungen des Grafen Andrássy fanden bei jeder Partei
allgemeinen Beifall. Die neue Regierungspartei wird den
Namen „Achtundvierziger Verfassungskartei“ annehmen.

Griechenland.

+ Nach einer amtlichen Meldung fand in Athen eine
Meuterei statt. Mannschaften eines Infanterieregiments
und Artilleristen nahmen daran teil. Mit vieler Mühe
gelang es der Regierung die Ordnung wiederherzustellen.

Eine Anzahl Meuterer lebte in eine der Kasernen zurück
und gab ihre Waffen ab. Obgleich die Bewegung, wie
der „Tempus“ schreibt, sofort unterdrückt wurde, beschloß
die Regierung im Laufe eines Ministeriales dennoch, die
durch die Umstände gebotenen Maßnahmen zu ergreifen.

Großbritannien.

+ Über die Einheit der Nation als Siegesbedingung
sprach Carson in einer großen Rede, die er in einem
Londoner Klub hielt. Dabei führte er u. a. aus: „Wir
alle wollen den Frieden. Aber wir haben zu bedenken,
daß ein großer Unterschied zwischen einem wirklichen
Frieden und einem scheinbaren Frieden ist. Ich möchte zu
denen, die meinen, daß keine Gelegenheit ungenützt vorüber-
gelassen werden dürfte, die den Krieg zu einem erfolg-
reichen und ehrenhaften Ende bringen kann. Aber in den
Reden, die wir unlängst von Deutschland und Osterreich
hörten, sehe ich keine Annäherung seitens unserer Feinde
an einen ehrenhaften bleibenden Frieden. Solange unsere
Feinde beanspruchen, was im Grunde die Auflösung des
britischen Reiches bedeutet, solange sie von solchen Dingen
träumen, wird dieses Land bis zum letzten Bogenschießen
nichts damit zu tun haben wollen.“ Carson sprach als-
dann von den Aufgaben nach dem Kriege, die er als
kolossal bezeichnete. Die ganze Welt werde um die Roh-
stoffe kämpfen, und die Frage werde sein, ob England
nebst seinen Verbündeten oder die Feinde sie erhalten
würden, aber das müßte, gleichgültig was geschehe, Eng-
land und seine Bundesgenossen sein.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 6. Febr. Gestern fand eine interfraktionelle
Besprechung der Mehrheit des Reichstages über die
innerpolitische Lage statt. Die Nationalliberalen waren nicht
vertreten. Die Aussprache wird am Ende der Woche fort-
gesetzt werden.

Berlin, 6. Febr. Die nächste Sitzung des Reichstages
findet am 19. Februar statt. Auf der Tagesordnung
stehen Anfragen und Petitionsberichte.

Berlin, 6. Febr. Zur Vereinfachung der Kriegswirtschaft
ist ein neues Zentralamt in Bildung begriffen.

Berlin, 6. Febr. Die sozialdemokratische Reichstags-
fraktion trat nach einem Bericht Scheidemanns einstimmig
dem Beschluß des Parteiausschusses vom 30. Januar bei.

Wien, 6. Febr. Der Reichstagsabgeordnete für Glei-
misch - Tschek - Lublin, Oberlandeshauptstadt Augustin
Warto (Centr.) ist Dienstag mittag einem Schlaganfall er-
legen.

München, 6. Febr. Eine Vorlage des Verkehrsministers
an den Landesbahnenrat beantragt die Einföhrung der
4. Wagenklasse in Bayern vom 1. April ab.

Karlsruhe, 6. Febr. Die badische Regierung legte dem
Landtage einen Gesetzentwurf über die Erschließung und Aus-
beutung von Erdbäuelken und Osliefer in Baden
vor, die dem Staat zunächst vorbehalten werden soll. Beabsichtigt
wird, Deutschland auf die Dauer von fremden Oslieferquellen
möglichst unabhängig zu machen.

Wien, 6. Febr. Die Parlamentskommission der Süd-
slaven erschien bei dem Ministerpräsidenten v. Seidler. In
einem über diese Besprechungen veröffentlichten Communiqué
wird erklärt, daß nach dieser Konferenz für die Südslaven kein
Anlaß vorliege, ihre oppositionelle Haltung gegenüber der Re-
gierung zu ändern.

Haag, 6. Febr. Die holländische Regierung hat die
Forderung Amerikas, seine Grenzen für die Ausfuhr nach
Deutschland zu sperren abgelehnt.

Bern, 6. Febr. Aus Andeutungen der Basler Presse
geht hervor, daß General Bach Oberleiter der künftigen
Verbands-Operationen ist.

Stockholm, 6. Febr. Wie vermeldet die Finanzlage
Auklands ist, geht daraus hervor, daß der Rubel nur noch
10 Kopfen gilt.

Amsterdam, 6. Febr. Nach einer Neutermeldung ist ein
schwedisch-englisches Abkommen über die Ein- und Aus-
fuhr auslandgekommen.

Rotterdam, 6. Febr. In kurzem wird eine Abordnung
der britischen Arbeiter nach Paris gehen, um, wenn möglich,
vor dem Aufammentritt der allgemeinen internationalen Tagung
in London am 20. Februar eine Übereinkunft der englischen
und französischen Arbeiter und Sozialisten herbeizuführen und
eine internationale sozialistische Tagung in der
Schweiz vorzubereiten.

Konstantinopel, 6. Febr. Im Kaukasus, wo die Russen
ihre Stellungen verlassen, haben Armenier Verfolgungen der
Machomedaner eingeleitet. Es sollen ungeheure Greuel
begangen worden sein.

Petersburg, 6. Febr. Wie „Woschtsa“ meldet, ist der
Großfürst Nikolai Konstantinowitsch in Tschikot ge-
storben. Der Verstorbene ist 67 Jahre alt geworden und war
ein Großvater des Zaren.

Bolo-Paschas Prozeß.

Genf, 6. Februar.

Ganz Paris verfolgt mit äußerster Spannung den
Prozeß gegen den internationalen Abenteurer Bolo-Pascha,
der unter der Anklage steht, mit Deutschland Beziehungen
unterhalten zu haben, in der Absicht, dessen Unternehmungen
zu fördern. Im einzelnen wird ihm die Anklage vor, zu
diesem Zwecke in der Schweiz mit dem früheren Abdiue
von Kanton Abbas Dilli Kählung angenommen, von dem

Erzähler vom Westerwald (Hachenburger Tageblatt). Beilage zu Nr. 32 vom 8. Februar 1918.